



## Friedenspolitik

- Abrüstung – Berliner Ostermarsch 2017 *Seite 4*
- Friedensspaziergang in Storkow *Seite 3*



## DIE LINKE in LOS

- LINKE geht in Eisenhüttenstadt mit Dagmar Püschel in Bürgermeistereiwahl *Seite 6*
- Aus dem Kreistag *Seite 7*



## Antifaschismus

- KZ Buchenwald – VIII. Treffen der Nachkommen *Seite 12*
- 80 Jahre nach Gernika *Seite 5*

1. Mai: Kampftag für mehr Menschlichkeit

## Gute Arbeit! Gutes Leben! Gutes Wohnen!

Von Thomas Nord, Mitglied des Bundestages

Der Tag der Arbeit hat eine lange Tradition. Am 1. Mai 1856 wurde in Australien mit einer Massendemonstration der 8-Stunden-Tag gefordert. Anfang 1886 rief die Arbeiterbewegung z.B. in Chicago

(Illinois) zum Generalstreik auf, um ihn durchzusetzen, damals waren 12 bis 14 Stunden die Regel. Auf dem Heumarkt in Chicago wurden über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen verletzt. Im Jahr 1889 wurde

auf dem Pariser Gründungskongress der II. Internationale der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeit ausgerufen. Die deutsche Delegation wurde von Wilhelm Liebknecht geleitet. Viele Auseinandersetzungen waren notwendig, um den 1. Mai als Feiertag zu etablieren. Bis heute wird an diesem Tag darauf hingewiesen, dass die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht vom Himmel gefallen, sondern das Resultat von irdischen Kämpfen sind, die hart in der Form und der Sache ausgetragen wurden. Nicht selten wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter blutig unterdrückt und ihre Forderungen niedergeknüpelt. Auch heute müssen wir für unsere Rechte kämpfen, doch es lohnt sich. Manchmal nur in kleinen Schritten, aber wir haben Erfolge, weil wir dranbleiben.

### Kostenfreie Bildung

DIE LINKE ist eine Partei, die in der Geschichte der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter um bessere Rechte, bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, höhere soziale Standards und gute Bildung steht. Oft waren die frühen Arbeiterorganisationen Bildungsvereine, Lesen und Schreiben stand auf dem Programm. Heute fordert DIE LINKE eine kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Universitätsstudium. Das Lernen darf für die Kinder nicht von der Einkommenssituation der Eltern abhängig sein. Wir fordern gute Arbeit und gute Löhne. Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern. Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn auf zwölf Euro erhöhen, alles darunter reicht nicht für eine bettelfeste Rente. Wir wollen prekäre

**1. Mai:  
Gute Arbeit,  
gute Löhne,  
gute Rente.**

**DIE LINKE.**

www.die-linke.de

**DIE LINKE.**

Kreisverband Oder-Spree



von **Thomas Nord**, Mitglied des Bundestages, DIE LINKE

**Kontakt:**  
 • Wahlkreisbüro: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde Tel. (0 33 61) 34 26 18  
 • E-Mail: thomas.nord.ma04@bundestag.de  
 • Internet: www.thomas-nord.de

**Thomas Nord ist Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl im Wahlkreis 63 – LOS, Frankfurt (O).**

Arbeit abschaffen, Verträge sollen nicht mehr ohne Sachgrund befristet werden, Minijobs und Leiharbeit soll es nicht mehr geben. Sie führen dazu, dass Menschen drei oder vier Jobs machen müssen, um das notwendige Geld für den Lebensunterhalt zusammen zu kriegen.

**Hartz-IV-System abschaffen**

Wir leben in einer sehr reichen Gesellschaft und wollen die Armut abschaffen, nicht die Armen bekämpfen und ausgrenzen. DIE LINKE will das Hartz-System abschaffen, die Sanktionen sind mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar. Wir wollen Hartz IV durch eine Mindestsicherung ohne Kürzungsmöglichkeiten in Höhe von 1050 Euro ersetzen. Wir wollen das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben. Das bedeutet für eine durchschnittliche Rente ein Plus von etwa 130 Euro im Monat. Wir wollen die Rente ab 65, nach mindestens 40 Jahren Beitragsjahren muss man auskömmlich leben können.

**Stopp von Mieterhöhungen**

Wohnen ist ein Grundrecht, das durch die Finanzmärkte mehr und mehr in Frage gestellt wird. Immer weniger Menschen können sich durch Immobilienspekulationen die Mieten leisten. Sie steigen un-aufhörlich. Vor allem in den Ballungszentren. Oftmals haben sich die Betriebskosten zu einer zweiten Miete entwickelt. Familien mit einem Durchschnittseinkommen können sich die Mieten in den Städten oft nicht mehr leisten und müssen an die Stadtränder oder weiter hinausziehen. Hierdurch kommen weitere Belastungen auf die Menschen zu. Sie müssen mehr Zeit für die Wege zur Arbeit einplanen. Wenn Menschen für die Wege zu und von der Arbeit im Schnitt zwei Stunden am Tag einsetzen müssen, entspricht das am Ende der Woche mehr als einer zusätzlichen Arbeitsschicht, die geleistet wurde und die woanders fehlt. Zum Beispiel für die Familie und die Kinder. Wir fordern einen Stopp von Mieterhöhungen bei einfachen Neuvermietungen! Wir wollen so-

zialen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken und ein Spekulationsverbot für Wohnraum.

**Keine Bundeswehreinätze im Ausland**

Es ist einfach, seinen Willen mit der Waffe in der Hand gegen den Schwächeren durchzusetzen. Es ist einfach, mit Krieg von den wirklichen Problemen der Menschheit abzulenken. Je stärker die inneren Krisen des Kapitalismus werden, desto stärker wird nach außen gerasstelt. Frieden erfordert soziale Gerechtigkeit. DIE LINKE ist gegen die Erhöhung des Militärhaushalts für die NATO auf zwei Prozent. Das Geld soll für Bildung, soziale Standards, Friedens- und Entwicklungspolitik eingesetzt werden. Wir sind gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Der Kampf gegen Waffenexporte ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen.

**Es bleibt auch nach über 120 Jahren viel zu tun, nicht nur am 1. Mai.**

**BEI ANDEREN GELESEN**

**Schwere Geburt**

Armuts- und Reichtumsbericht präsentiert Von Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Das war eine schwere Geburt: Mit anderthalbjähriger Verspätung hat die Bundesregierung den 5. Armuts- und Reichtumsbericht am 12. April 2017 verabschiedet. Dass dies ausgerechnet kurz vor Ostern passierte, als mit einer geringen öffentlichen Aufmerksamkeit gerechnet werden konnte, war bestimmt kein Zufall. CDU/CSU und SPD wollten die Kuh vom Eis bringen, bevor der Bundestagswahlkampf in seine heiße Phase eintritt und ihr langer Streit über das Problem der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich da zum Thema wird.

Hauptgrund für die Verzögerungen ist gewesen, was man als Blockadehaltung der Union gegenüber dem Berichtsentwurf aus dem Hause von Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles bezeichnen kann. Erkennbar war, wie kontrovers die Meinungen zu den „Lebenslagen in Deutschland“ (so der Titel des Berichts) sind. Die wachsende soziale Ungleichheit ist eben nicht bloß ein Kardinalproblem der Ge-

sellschaftsentwicklung, sondern auch ein Zankapfel zwischen den Regierungsparteien.

Kanzleramt und Finanzministerium, beide von Unionspolitikern geführt, beanstandeten mehrere Passagen, in denen es um die Negativeffekte der sozialen Ungleichheit, die Notwendigkeit einer Behebung der Verteilungsschieflage, die Möglichkeit der Einflussnahme wohlhabender Bevölkerungsgruppen auf politische bzw. Regierungsentscheidungen und die Beeinträchtigung der demokratischen Willensbildung durch eine sinkende Wahlbeteiligung armer Bevölkerungsschichten ging. Anstoß erregte auch ein Absatz, in dem es hieß, hohe Ungleichheit könne nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen, sondern auch das Wirtschaftswachstum dämpfen.

„Was lange währt, wird endlich gut“, behauptet der Volksmund. Im vorliegenden Fall verhält es sich allerdings eher umgekehrt: Die Endfassung des



Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrte bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt ist sein Buch „Armut“ (Papyrossa-Verlag, Köln 2017) erschienen. Er kandidierte am 12. Februar 2017 für die LINKE als Bundespräsident. Foto: Niels Holger Schmidt, DIE LINKE NRW

Berichts wirkt hinsichtlich der Interpretation von Daten und Fakten merkwürdig vage und verschwommen, weil Rücksicht auf zahlreiche im Rahmen der Ressortabstimmung zwischen den Bundesministerien vorgebrachte Einwände genommen wurde.

Zwischen den Zeilen kommt immer wieder das Unbehagen der Regierenden darüber zum Ausdruck, sich für die sozialen Spaltungstendenzen rechtfertigen zu müssen. Wer – wie etwa Angela Merkel und Wolfgang Schäuble –

davon überzeugt ist, dass es den Menschen in Deutschland „so gut wie noch nie“ geht, hält einen Armuts- und Reichtumsbericht im Grunde seines Herzens ohnehin für Teufelszeug, weil das Land dadurch angeblich nur schlechtgeredet wird. Da ist auch schon mal von „Sozialpopulismus“ die Rede, wenn Kritiker der Regierungspolitik nach mehr Steuergerechtigkeit rufen, die notwendig wäre, um die Kluft zwischen Arm und Reich ein Stück weit zu schließen.

Quelle: junge Welt, 13. 4. 2017

# Friedensspaziergang in Storkow am Tag der Bundeswehr – 10. Juni 2017



Wir LINKEN haben beschlossen, am Tag der Bundeswehr in Storkow eine Gegenveranstaltung zusammen mit vielen Initiativgruppen, Vereinen und Sympathisanten zu organisieren.

Am 10. Juni 2017 findet zum dritten Mal der Tag der Bundeswehr an 16 Standorten bundesweit statt. An diesen Orten präsentiert sich die Bundeswehr mit ihren Fähigkeiten, Facetten, Soldaten und zivilen Mitarbeitern. Die Stadt Storkow (Mark) richtet den Tag der Bundeswehr gemeinsam mit dem Landeskommando Brandenburg, sowie mit Unterstützung des Führungsunterstützungsbataillons 381 aus.

Der Tag der Bundeswehr 2017 ist eingebettet in das große Stadtfest von Storkow (Mark) unter dem Motto „Wir.Sind.Storkow.“, welches vom 9. bis 11. Juni stattfindet.

Die Veranstaltung der Bundeswehr in Storkow zum Tag der offenen Tür 2017 ist die größte ihrer Art in der Bundesrepublik.

Wir möchten friedlich unseren Unwillen zum Ausdruck bringen, über die gegenwärtige internationale Entwicklung und die Rolle, die die Bundesregierung dabei spielt. Schwerpunkte sollten sein:

- Frieden ist alles, ohne Frieden ist nix.
- Frieden schaffen ohne Waffen.
- Angst vor einem dritten Weltkrieg – wir müssen etwas dagegen unternehmen.
- Wir fordern eine andere Politik der Bundesregierung, die auf Frieden gerichtet ist.
- Abrüstung, keine Lieferung von Rüstungsgütern in Krisengebiete.
- Beendigung von Bundeswehrein-sätzen im Ausland.
- Keine Einsätze der Bundeswehr in Deutschland.
- Bundeswehr raus aus den Schulen.
- Keine Erhöhung der Militärausgaben.

Wir LINKEN als auch unsere Partner möchten an diesem Tag friedlich

unseren Friedenswillen in Form eines Friedensspazierganges zum Ausdruck bringen.

Ihre Teilnahme haben folgende Partner aus Storkow zugesagt:

- „Welt Laden“ am Marktplatz.
- Seniorenverein Storkow e.V.
- Friedensdorf e.V.
- Schülergruppen von Storkower Schulen
- Jugendclub aus Storkow

Es gibt den Vorschlag, weiße Regenschirme zu kaufen, die die Teilnehmer im Vorfeld oder an diesem Tag mit Friedensaussagen bemalen können und anschließend mit diesen durch die Stadt spazieren.

Storkower Schüler haben sich bereit erklärt, im Vorfeld Regenschirme mit Friedenslosungen und Bildern zu bemalen.

*Uwe Tippelt,  
Storkow,  
amtierender Kreisgeschäftsführer der  
LINKEN in LOS*

Aktuelle Informationen zur Aktion:

- DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15537 Fürstentwale,
- Tel. (033 61) 3 03 69
- E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)

## Für den Frieden – nicht nur Ostermärsche 2017

Zur Position der Bundesregierung zu den US-Bombardements in Syrien und zu den diesjährigen Ostermärschen

Ursula von der Leyen (CDU) verteidigt die völkerrechtswidrigen Bombardierungen der US-Regierung in Syrien. Sigmar Gabriel (SPD) nannte die Bombardierungen „nachvollziehbar“. Es sind aber hochgefährliche Willkürakte des US-Präsidenten.

So viel „Verständnis“ der deutschen Bundesregierung für eine weitere Eskalierung des Syrienkrieges ist inakzeptabel. Es geht um Menschenleben, und es hätten auch russische Einheiten getroffen werden können. Bei dem tödlichen Angriff auf eine Schule vor zwei Wochen waren deutsche Tornados mit involviert. Deutschland beteiligt sich aktiv am Syrienkrieg. DIE LINKE fordert den Abzug der Tornados und den Stopp jeglicher logistischer Unterstützung des Syrienkrieges (der Alliierten).

Die neuerlichen US-Angriffe machen deutlich, wie bitter nötig Friedensmärsche auch in diesem Jahr sind. Wir rufen auch nach Ostern

zur Teilnahme auf – erteilen wir den Aufrüstungsplänen von Frau von der Leyen eine klare Absage! SPD und Union haben bereits vor Monaten eine Aufstockung des Militäretats um 8 Prozent beschlossen. Auch durch den von der Bundesregierung mitgetragenen Beschluss der NATO, die Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu steigern, wird Deutschland massiv aufgerüstet. DIE LINKE lehnt jede Erhöhung des Militäretats strikt ab.

Bei Krieg und Frieden gibt es keine Kompromisse. Die Stationierung der Bundeswehr in Osteuropa und die fatalen Auslandseinsätze der Bundeswehr wie in Mali oder Afghanistan sind ebenfalls Anlass, auch in diesem Jahr vereint für den Frieden auf die Straße zu gehen. DIE LINKE fordert ein Ende der Aufrüstungsspirale!

*Tobias Pflüger, stellvertretender  
Vorsitzender der Partei DIE LINKE*

**BOMBEN  
GESCHÄFTE  
VERBIETEN!**

Deutsche Waffenschmieden verdienen weltweit am Geschäft mit dem Tod. Und die Regierung fördert das. Schluss damit! [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**DIE LINKE.**



# Nein zu Krieg und Aufrüstung, für Kooperation mit Russland – Ostermarsch 2017



*Forderungen nach Abrüstung sowie die Warnung vor der Gefahr eines Atomkrieges – das hat die diesjährigen Ostermärsche in vielen Orten Deutschlands geprägt. „Wir wollen mehr Frieden und weniger Krieg in der Welt!“ Das haben mehrere tausend Menschen klar gemacht – ebenso erneut: Kooperation statt Konfrontation mit Russland!*

Die Eröffnungs- und Abschlusskundgebung fand am Schöneberger „Kaiser-Wilhelm-Platz“ statt.

Fotos:  
Heinz Schneider

Mehr als 2000 Menschen kamen zum diesjährigen Ostermarsch in Berlin am 15. April. Die Organisatoren von der Friedenskoordination Berlin (Friko) hatten sich mehr gewünscht, zeigten sich aber dennoch erfreut über die Zahl der Teilneh-

menden. Vor einem Jahr waren nur halb so viele zum Ostermarsch gekommen. „Für die Umstände und das schlechte Wetter sind wir eigentlich sehr zufrieden“, sagte Laura von Wimmersperg von der Friko gegenüber *Sputnik*. Laut der Berliner Polizei, die die Zahl der Friedensmarschierenden auf über 1000 schätzte, gab es auch keine Vorfälle und Provokationen.

In etwa 50 Städten der Bundesrepublik hatte die Friedensbewegung zu Aktionen aufgerufen. So seien in Stuttgart bis zu 2000 Menschen auf die Straße, meldete die Nachrichtenagentur *dpa*. Das Motto hier: „Verantwortung für den Frieden, nicht für den Krieg!“ In München beteiligten sich *dpa* zu Folge rund 1000 Demonstranten am Ostermarsch.

## Teilnehmende aller Altersgruppen und Herkünfte: Mehr Frieden statt Krieg!

Die Menschen seien „mit dem Herzen dabei gewesen“, freute sich Friedensaktivistin von Wimmersperg über die Teilnehmenden aller Altersgruppen und Herkunft in der Hauptstadt. Zu sehen waren Gewerkschafter, Friedensbewegte, türkische Gruppen, junge und alte Kommunisten, Mitglieder der Linkspartei, auch Einige aus der umstrittenen Mahnwachen-Bewegung sowie viele ohne Transparente und Fahnen.

„Die aktuelle politische Lage macht es notwendig“, erklärte Max aus Berlin, warum er trotz schlechten Wetters mit anderen in einer Gruppe von SDAJ und DKP beim Ostermarsch dabei war. „Immer mehr Kriege werden auf der Welt geführt, mit der Beteiligung der NATO und Deutschlands.“ Diese Kriege führten dazu, dass Menschen fliehen müssten und ihre Lebensgrundlage verlieren. Für den jungen Mann war genauso klar, dass die Rüstungsgelder auch im eigenen Land Schaden verursachen. Das sei „Geld, das bei uns fehlt.“ „Diese Kriegseinsätze sind nicht in unserem Interesse. Das muss auch bei schlechtem Wetter auf die Straße getragen werden.“

Er habe noch selbst erlebt, was Krieg bedeutet, begründete Eduard Mader, warum er beim Oster-

marsch dabei war. Der 1935 Geborene war mit einer Fahne des Freidenkerverbandes unter den Teilnehmenden. Sein Verband habe sich von Anfang an konsequent gegen Krieg und für Frieden eingesetzt. Dafür sei auch der damalige Vorsitzende der Freidenker in den 1930er Jahren, Max Sievers, von den deutschen Faschisten verfolgt und im Zuchthaus Brandenburg am 17. Januar 1944 hingerichtet worden, erinnerte Mader. Er habe als Kind in Ulm den Zweiten Weltkrieg und auch Granateneinschläge auf das Haus seiner Eltern erlebt – „aus dem Grunde bin ich heute hier mit dabei“, beschrieb er sein Motiv.

## Zentrale Forderung in Berlin: „Abrüsten!“

Bereits in den 80er Jahren war Ortrud aus Hannover in der Friedensbewegung der Bundesrepublik aktiv. Sie war in Berlin zu Besuch und nannte als Grund, beim Ostermarsch mitzumachen: „Ich finde, dass wir wieder nach 30 Jahren kundtun müssen, dass wir mehr Frieden und weniger Krieg in der Welt wollen.“ Für sie sei die aktuelle weltpolitische Lage beunruhigend, da US-Präsident Donald Trump unberechenbar sei und die Aufrüstung zunehme ebenso wie die Konfrontation. „Ich finde auch, dass wir uns mehr bemühen müssten, mit Russland auszukommen, statt die Konfrontation zu verschärfen“, betonte sie im Gespräch mit *Sputnik*.

„Abrüsten!“ – das war die zentrale Forderung des Berliner Ostermarsches. Dr. Alexander Rosen von der deutschen Sektion der internationalen Organisation „Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung“ (IPPNW) bekräftigte das auf der Auftaktkundgebung ebenso wie bei der Abschlusskundgebung in Berlin-Schöneberg Anne Rieger vom Bundesausschuss Friedensratschlag und Dr. Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK).

Der engagierte Kinderarzt Rosen warnte vor allem vor den Folgen der Atomwaffen und der fortgesetzten nuklearen Aufrüstung. Mit Blick auf den aktuellen Kon-





flikt der USA mit Nordkorea hob er hervor: „Wir wissen: Krieg an sich ist schlimm genug. Aber ein Krieg zwischen Ländern, die Atomwaffen besitzen, ist etwas, was wir uns gar nicht vorstellen können und wollen! Wir haben alle die Bilder von Hiroshima und Nagasaki im Kopf.“

„Wir fordern: Die Waffen nieder! Alle Waffen, nicht nur die chemischen, müssen sofort vernichtet werden!“ Das rief die Aktivistin Rieger vom Bundesausschuss Friedensratschlag auf der Abschlusskundgebung aus. „Deutschland, wie die ganze Welt, ist verpflichtet abzurüsten.“ Es habe mit seiner „monströsen Vergangenheit“ eine besondere Verantwortung, mit positivem Beispiel voranzugehen. „Zweimal bereits haben deutsche Großkonzerne mit deutschen Regierungen Eroberungskriege geführt“, erinnerte Rieger. „Immer war das Ziel höhere Profite für Konzerne. Damit muss endlich Schluss sein.“

### Kritik an Bundesregierung wegen Rüstungsexport und Beteiligung an Kriegseinsätzen

Doch damit ist noch lange nicht Schluss, wie der Rüstungsexport-Gegner Grässlin in seiner Rede deutlich machte. Er verwies darauf, dass derzeit mehr als 3 200 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz sind, in Afghanistan, im Senegal und in Mali, im Nahen Osten und im Irak. „Das sind keine Friedensmissionen“, sondern sei Kriegsunterstützung, stellte der Kriegsgegner klar. Er erinnerte an die deutschen



Rüstungsexporte, die unter dem SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel noch zugenommen hätten.

Die Folge: „Deutschland mischt direkt mit auf den Schlachtfeldern der Welt!“ Der Export von Waffen und Rüstungsgütern sei die „tödlichste Form der deutschen Militär-, Außen und Wirtschaftspolitik“. Grässlin forderte auf, den Rüstungskonzernen klarzumachen, dass ihre Profite „Blutgeld“ seien und kündigte weitere Proteste an.

Friedensaktivistin Rieger forderte auch auf, die wachsende Konfrontationspolitik gegenüber Russland zu beenden. Der Truppenaufmarsch an der russischen Grenze und die damit verbundenen Manöver verschärften nur die Krisensituation, warnte sie. Auch die Sanktionen würden den Menschen „hier wie dort“ schaden. „Frieden in Europa kann es nur gemeinsam mit Russland geben“, erklärte sie unter Beifall.

Es sei „heute nötiger denn je“, beim Ostermarsch dabei zu sein,

nannte der 87jährige Horst Schäfer gegenüber *Sputnik* den Grund für seine Teilnahme. Er war von 1975 bis 1987 Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur *ADN* in Washington. Die aktuelle Situation habe sich auf eine „kreuzgefährliche Art“ zugespitzt, „durch die Politik der Bundesregierung, durch die Politik der USA und der NATO“. „Wenn wir uns nicht wehren, werden die mit uns machen, was sie wollen“, warnte der Journalist, der den Kalten Krieg live miterlebt hat. Der heutige Kriegskurs sei offener und brutaler geworden, verglich er die Situationen.

„Damals gab es noch ein strategisches Gleichgewicht. Damals gab es noch das Rote Telefon, wo man sich ausgetauscht hat. Damals hat man noch Sorge gehabt, dass, wenn man selbst etwas macht, der andere zurückschlägt.“ Das habe aber auch Kriege und Aggressionen nicht verhindert, so der erfahrene Journalist. Die Gefahr heute wäre nicht größer, „wenn wir mehr werden würden“, verwies er auf die Chancen des Widerstandes durch die Friedensbewegung.

Tilo Gräser,  
Nachrichtenagentur Sputniknews

Quelle:  
Sputniknews,  
<https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20170415315356925-berliner-ostermarsch-gegenkonfrontation-mit-russland/>

Dr. h.c. Jürgen Graesslin, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ ([www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)), während seiner Rede



Aus der Rede von Dr. Jürgen Graesslin

### „Rüstungsexport ist vielfach Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und zu Mord!“

... im Wissen um die Mitschuld der Vorgängerregierungen am Morden mit deutschen Waffen in Kriegen und Bürgerkriegen hatte der SPD-Parteivorsitzende 2013 wiederholt öffentlich versprochen: Wenn er, Sigmar Gabriel, mit der Bundestagswahl im Herbst 2013 Bundeswirtschaftsminister werde, würde die Rüstungsexportpolitik unter seine Ägide geprägt sein von Zurückhaltung, von Restriktion. Der Menschenrechtslage im Empfängerland würde eine entscheidende Rolle als Untersagungsgrund zukommen.

Als Bundeswirtschaftsminister kam Sigmar Gabriel von Ende 2013 bis Ende 2016 die entscheidende Rolle im Bundessicherheitsrat (BSR) zu. Im geheim tagenden BSR entscheiden die Kanzlerin Angela Merkel, der Vizekanzler (und Bundeswirtschafts-

minister, seit Anfang 2017 Bundesaußenminister) Sigmar Gabriel und sieben weitere Minister über besonders brisante Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete.

Heute ist es an der Zeit zur ersten Bewertung der Ära Gabriel als Bundeswirtschaftsminister. Seine Bilanz ist vernichtend: Unter seiner Ägide wurden die Waffenexportgenehmigungen 2014 bis 2016 gegenüber den Vorjahren weiter gesteigert. Der absolute Höchstwert aller Zeiten wurde 2015 erzielt, als der Bundessicherheitsrat Einzel- und Sammelausfuhren im Volumen von 12,81 Mrd. Euro genehmigte. [Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2015, S. 6] Unter den Empfängerländern befanden sich zahlreiche kriegsführende bzw. menschenrechtsverletzende Staaten, selbst astreine Regime ...

### Dokumentarisches vom Berliner Ostermarsch 2017

#### Texte der Reden (im Internet)

- Anne Rieger und Dr. Jürgen Graesslin unter <https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2017/reden/>

#### Videos (im Internet)

- Rede von Dr. Alexander Rosen
- Rede von Anne Rieger unter <https://www.youtube.com/watch?v=45tH2C2KfRo>
- Rede von Dr. Jürgen Graesslin unter [https://www.youtube.com/watch?v=DCf\\_dOwx\\_E](https://www.youtube.com/watch?v=DCf_dOwx_E)
- DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg mit einem Beitrag unter <https://www.youtube.com/watch?v=sFiyRbFvnH4>

von Jörg Mernitz,  
Vorsitzender der  
Fraktion DIE LINKE  
in der Stadtverord-  
netenversammlung  
Eisenhüttenstadt

## Dagmar Püschel ist wieder Kandidatin für die Bürgermeisterwahl am 24. September 2017

Die Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE in Eisenhüttenstadt wählte ihre Kandidatin für die Bürgermeisterwahl am 24. September 2017 in Eisenhüttenstadt.

Am 8. April fand eine Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE in Eisenhüttenstadt im

Versammlungsraum des Roten Cafés statt. Gegenstand der Versammlung war die Aufstellung der Kandidatin bzw. des Kandidaten für die Bürgermeisterwahl am 24. September 2017 in Eisenhüttenstadt.

Es gab eine Bewerberin – Amtsinhaberin Dagmar Püschel. Den größten Teil der Veranstaltung nahm ihre Vorstellung, Fragen an sie, die sie mit vielen sachlichen Antworten erwiderte.

Dagmar Püschel nahm zur Vorstellung ihrer bisherigen Tätigkeit als Bürgermeisterin ihr Wahlprogramm (Flyer mit den Vorhaben von A bis Z) zur Hand und erläuterte, was davon bisher erreicht wurde, was nicht oder nur teilweise funktioniert hat und was sie davon noch umsetzen möchte.

Wichtig bei all diesen Vorhaben war der Ausgleich des Haushalts der Stadt, der vorzeitig erreicht wurde und der überhaupt erst Handlungsfreiheit eröffnete. Die meisten Investitionen der Stadt, aber auch Leistungen wie Schulsozialarbeit oder Sportförderung waren erst so möglich. Dadurch konnten Firmen Aufträge erhalten, wurden Arbeitsplätze gesichert und konnte die Lebensqualität der Einwohner in vielen Bereichen gehalten oder verbessert werden.

14 Prozent der Verwaltungsstellen im Rathaus wurden in der

Amtszeit von Dagmar Püschel bisher sozial verträglich abgebaut. Damit gibt es noch etwa 125 Stellen in der Verwaltung der Stadt. Diese Kürzungen haben natürlich auch Auswirkungen auf die Öffnungszeiten, die nicht in dem Umfang gewährleistet werden können, wie im Programm ursprünglich vorgesehen. Andere Themen waren Ausbildung, Sportförderung, Sponsoring des Stadtfestes, der Stadtbau vor allem im 1. und 4. Wohnkomplex.

Bei den Fragen ging es, wie nicht anders zu erwarten, ausführlich um die Anschließbeiträge des Trinkwasser- und Abwasserzweckverbandes Oderaue (TAZV). Das Problem dabei ist, dass jede der möglichen Handlungsoptionen Ungerechtigkeiten erzeugt. Fragen gab es auch zu Parkplätzen am Krankenhaus u.a. öffentlichen Einrichtungen.

Anschließend kam es zur Wahl. 86,2 Prozent der anwesenden Eisenhüttenstädter Mitglieder unserer Partei votierten für Dagmar Püschel. Damit ist sie Kandidatin der Partei DIE LINKE für die Bürgermeisterwahl am 24. September 2017 in Eisenhüttenstadt.

Wir werden sie im Wahlkampf tatkräftig unterstützen und wünschen ihr Erfolg.



Foto: DIE LINKE Eisenhüttenstadt

Jörg Mernitz (l.) gratuliert Dagmar Püschel (r.) zur Wahl als Bürgermeisterkandidatin der LINKEN in Eisenhüttenstadt

### NACHRICHT

#### „Auf der Seite der Demokratie oder auf der Seite der Diktatur Erdogans“

von den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE Sahra Wagenknecht und Sevim Dagdelen, 17. April 2017

Während sich Präsident Erdogan, seine islamistische AKP und die ultranationalistische MHP als Sieger des Verfassungsreferendums in der Türkei feiern, ficht die türkische Opposition den erklärten Wahlsieg des Ja-Lagers an und erhebt den Vorwurf der Wahlmanipulation. Zahlreiche Wähler berichteten davon, dass ihnen Stimmzettel und Umschläge ohne den offiziellen Stempel der Wahlbehörde ausgeteilt worden seien. Im Internet kursieren Videos, die zeigen, wie offenbar nicht-offizielle Stimmzettel nachgestempelt werden. Die sozialdemokratische Partei der Türkei CHP geht davon aus, dass unerlaubt 1,5 Millionen

solcher ungestempelten Wahlzettel mitgezählt wurden.

Der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu zufolge hätten 24,8 Millionen Wählern mit Ja votiert, 23,5 Millionen haben das Präsidialsystem abgelehnt. Damit lag der Ja-Anteil nach Auszählung von 99,45 Prozent der Stimmen bei 51,37 Prozent. 63,6 Prozent der Türken in Deutschland haben für die Verfassungsänderung gestimmt. Insgesamt waren im Ausland rund 2,9 Millionen Wahlberechtigte registriert, rund die Hälfte davon in Deutschland.

Sahra Wagenknecht schließt sich „der Forderung aus der türkischen Opposition an, die das Er-

gebnis anfechten will. Angesichts all der erfolgten Manipulation, Erpressung und Verfälschung im Vorfeld sowie angesichts ernstzunehmender Hinweise auf Wahlbetrug dürfen Kanzlerin Merkel und Außenminister Gabriel diesen angeblichen Sieg nicht anerkennen“. Für die Bundesregierung wiederum müsse dies vielmehr Anlass sein, „ihre Türkeipolitik grundlegend zu ändern. Mit einer Diktatur darf die EU keine Beitrittsverhandlungen mehr führen, Vorbeitritts-hilfen von 630 Millionen Euro jährlich sind ebenso wie eine Erweiterung der Zollunion zur Unterstützung Erdogans sofort zu stoppen. Die Bundesregie-

rung ist gefordert klar zu machen, auf wessen Seite sie steht: Auf der Seite der Demokratie oder auf der Seite der Diktatur Erdogans“.

Für Sevim Dagdelen war es „ein schwarzer Tag für die Demokratie in der Türkei, ein historischer Moment. Der türkische Staatspräsident hat mit seinem Betrug den Weg in die Diktatur geebnet. Das muss jetzt ganz klar benannt werden“. Sie warnt davor, dass sich die Krise in der Türkei weiter zuspitzen werde. „Statt den Merkel-Erdogan-Pakt brauchen wir einen Pakt mit den Demokraten in der Türkei. Keine Waffen, kein Geld und keine Soldaten für Erdogans Diktatur“, fordert Dagdelen.

## DOKUMENTIERT

## Bericht der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree an die Kreisdelegiertenkonferenz der LINKEN Oder-Spree am 8. April 2017 in Beeskow

Der Berichtszeitraum für die Arbeit der Fraktion von Dezember 2016 bis März 2017 ist vergleichsweise kurz. Die Arbeit der Fraktion umfasste in dieser Zeit dennoch viele Probleme mit teils langfristigen und erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Landkreises.

### I.

Im Dezember haben wir in Fortsetzung einer bereits seit Jahren geübten Tradition mit einer ganzseitigen Anzeige Rechenschaft über unsere Arbeit im Jahr 2016 gelegt. Das Spektrum unserer Aktivitäten reichte von Anträgen zur Unterbringung geflüchteter Menschen, die in unserem Landkreis Aufnahme gefunden hatten über die Probleme der Langzeitarbeitslosen im Landkreis bis zum öffentlichen Personennahverkehr und zu den Kindertagesstätten.

Wir legen auch deshalb großen Wert auf die öffentliche Darstellung unserer Aktivitäten, weil viele Menschen im Landkreis mit der Arbeit des Kreistages und der Kreisverwaltung nur wenige Vorstellungen verbinden. Ein Ausdruck dafür dürfte auch die wegen geringer Wahlbeteiligung letztlich gescheiterte Direktwahl des Landrates gewesen sein.

Nach der Wahl von Herrn Lindemann zum Ladrat im Januar hat er seine Bestrebungen erläutert, mit den Fraktionen im Kreistag sachlich und ergebnisorientiert zusammenzuarbeiten. Das entspricht auch unserer Position. Eine sachliche Zusammenarbeit schließt natürlich immer auch konsequente Vertretung politischer Positionen ein.

### II.

Insbesondere seit Dezember 2016 hat die Kreisgebietsreform wieder große Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Am 2. Dezember wurde der Referentenentwurf für ein Kreisneugliederungsgesetz vorgelegt.

Danach nahm der auf Antrag unserer Fraktion gebildete zeitweilige Ausschuss des Kreistages erneut seine Arbeit auf und bereitete die Beschlussfassung durch den Kreistag vor.

Der Kreistag lehnte mit Beschluss vom 9. März 2017 „die Auflösung des Landkreises Oder-Spree und die Neubildung eines Landkreises Oder-Spree unter Einbeziehung der Stadt Frankfurt (Oder)

als auch das dafür gewählte Verfahren ab (§§ 1 und 7 des Referentenentwurfs)“ ab.

„Das Ergebnis wäre ein finanziell geschwächter Landkreis. Die übrigen kreisangehörigen Städte und Gemeinden würden durch drastische Steigerungen bei der Kreisumlage finanziell stark eingeschränkt und wirtschaftlich erheblich leiden. Für die auch verfahrensseitige Benachteiligung des Landkreises Oder-Spree ist ‚Einkreisung‘ eine irreführende Bezeichnung.“ Denn tatsächlich soll der Landkreis Oder-Spree aufgelöst und aus seinem Gebiet gemeinsam mit der Stadt Frankfurt (Oder) ein neuer Kreis gebildet werden. Der Name dieses zukünftigen Landkreises ist dabei ebenso strittig wie die Bestimmung der künftigen Kreisstadt.

Es geht unserer Fraktion nicht um eine bloße Verweigerungshaltung. Es geht um Probleme mit einem konkreten Gesetzentwurf, in dem letztlich die Zusammenlegung einer Stadt und eines Landkreises genauso behandelt werden, wie Zusammenlegung von Landkreisen, obwohl hier im Unterschied zur Zusammenlegung von Landkreisen die Stadt und ihre Verwaltung weiter bestehen und nur einige ihrer bisherigen Verwaltungsfunktionen auf den Landkreis übertragen werden sollen.

Gegenwärtig sind die Details einer angekündigten Funktionalreform noch nicht klar. Auch deshalb lässt sich noch nicht genau bestimmen, wer welche Aufgaben erfüllen soll und welche finanziellen Konsequenzen sich daraus ergeben. Es würde hier zu weit führen, auch auf die finanziellen Wirkungen dieses Problems einzugehen. Wichtig ist:

Auf Antrag von Delegierten aus unserer Kreisorganisation hat sich der Landesparteitag der LINKEN die Position zu eigen gemacht: Eine Kommunalreform ist so zu gestalten, dass zusätzliche finanzielle Belastungen für die bereits jetzt kreisangehörigen Städte und Gemeinden ausgeschlossen werden. Damit würde ein wesentlicher Einwand unseres Landkreises tatsächlich ausgeräumt.

Die Kreistagsfraktion hat die Fraktionen der LINKEN in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen des Landkreises Oder-Spree für den 25. April 2017 in die Kreisverwaltung, Haus 1 am Bahnhof in Fürs-

tenwalde eingeladen, um den Informationsstand anzugleichen und das gemeinsame Agieren im 2. Halbjahr 2017 zu beraten. (Die Einladung ist auch auf der Internetseite unserer Kreisorganisation [www.linke-oder-spree.de](http://www.linke-oder-spree.de) nachlesbar).

### III.

Der Kreistag hat am 29. März den Haushalt für das Jahr 2017 beschlossen. Wie schon im Vorjahr wurde die Haushaltsdiskussion von der Auseinandersetzung um die Höhe der Kreisumlage beherrscht. Dabei war diese Diskussion mindestens einseitig. Natürlich wollen die Städte und Gemeinden im Landkreis eine möglichst geringe Umlage zur Finanzierung der Aufgaben an den Landkreis zahlen. Aber in diesem Jahr lief die Forderung nach einer geringeren Kreisumlage lediglich darauf hinaus, dass der Landkreis dann eben ein höheres Defizit einplanen sollte. Der Ausgleich des Defizits könne ja dann im Zuge der Haushaltsdurchführung erfolgen. Wer so argumentiert, der verlässt dann allerdings den Boden einer seriösen Haushaltsplanung.

Aber auch hier ist bei dem Einen oder der Anderen wohl die Absicht zu vermuten, alle verfügbaren Mittel noch schnell auszugeben, bevor die Unwägbarkeiten einer Kommunalreform wirken. Das alles kann nicht unser Ansatz sein. Wir haben darauf zu achten, dass der Landkreis seiner Ausgleichfunktion in allen ihren Bestandteilen nachkommt und dabei letztlich soziale, kulturelle und andere sogenannte „freiwillige Leistungen“ nicht zu kurz kommen.

### IV.

Im Sommer wird es zwei Jahre her sein, dass die Werte zur Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft im Landkreis angepasst wurden. Nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen sind diese Werte alle zwei Jahre zu prüfen und wenn nötig anzupassen. Das war für uns Anlass, unsere Broschüre zu den Kosten der Unterkunft in einer aktualisierten zweiten Auflage herauszubringen und dazu auch eine öffentliche Fraktionssitzung durchzuführen. Nach dem gegenwärtigen Stand hat die Verwaltung (das Jobcenter) zugesagt, dass eine Anpassung zeitgerecht erfolgen wird.

### V.

In einer umfangreichen Anfrage hat die Fraktion Probleme der Arbeit mit den Menschen auf die Tagesordnung gesetzt, die im Landkreis in den letzten Jahren Aufnahme gefunden haben.

Nach den Antworten des Landrates auf unsere Fragen ist zu konstatieren: Der Landkreis ist in den letzten 18 Monaten mit einer komplizierten Situation verantwortungsbewusst umgegangen. Aus dem Landkreis Oder-Spree gab es keine Abschiebungen. Das Thema wird uns dennoch in heftigen politischen Konflikten weiter begleiten.

Vor dem Hintergrund der Debatten um eine Kommunalreform soll aber auch erwähnt werden:

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind verpflichtet, die nach dem Landesaufnahmegesetz aufgenommenen Personen bei der Bewältigung der insbesondere aus ihrer Aufnahme- und Aufenthaltssituation begründeten besonderen Lebenslagen u.a. durch soziale Beratung zu unterstützen. Der Landkreis Oder-Spree und die Stadt Frankfurt (Oder) haben dazu eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen. Der Kreistag hat diese Vereinbarung am 29. März bestätigt. In solchen wesentlichen Fragen dominiert also das Miteinander.

### VI.

Aber auch andere Fragen der „kleinen Kommunalpolitik“ haben uns in den letzten drei Monaten beschäftigt. Zu nennen sind hier:

- Unsere Solidarität mit den um ihre tariflichen Rechte streikenden Beschäftigten des Busverkehrs Oder-Spree;
- die auf die Initiative von Rudolf Gangelmayer zurückgehende Anfrage zur Behandlung der Ortsumfahrung Neu-Zittau;
- unser Antrag zur Kleinmengen-Annahmestelle des KWU Entsorgung in Erkner.

Die beiden letzten Punkte sind noch in Bearbeitung und werden unsere weitere Aufmerksamkeit erfordern.

*Dr. Artur Pech*  
Fraktionsvorsitzender

*(Der Bericht wird wegen der zeitgleich stattfindenden Veranstaltungen zum Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald schriftlich vorgelegt)*

Die Zukunft, für die wir kämpfen:

## SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.

### Liebe Genossinnen und Genossen,

am ersten Wochenende im April haben wir unseren Entwurf für den Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm im Parteivorstand diskutiert und versabschiedet. Nach einer guten Diskussion, in der wir viele Vorschläge noch einarbeiten konnten, gab es nur eine Gegenstimme und wenige Enthaltungen. In Presse und Medien ist der Entwurf schon gut besprochen worden. Die große Zustimmung hat uns gezeigt: Unser Programmentwurf trifft einen Kern. Wir reden nicht nur von sozialer Gerechtigkeit. Wir zeigen, dass wir konkrete, machbare und bezahlbare Alternativen haben, die Einstiege in eine für alle sozial gerechte Gesellschaft sind.

Und das ist dringend nötig: Unser Land ist gespalten wie nie zuvor, Reichtum und Armut nehmen zu. Kinderarmut nimmt weiter zu. Der Mindestlohn reicht nicht, um für eine armutsfeste Rente vorzusorgen. Die Sorgen, ob die Miete noch bezahlbar ist und wie die Zukunft aussieht, nehmen für viele Menschen zu. Statt für gute Krankenhäuser, Schulen und Kitas plant die Regierung Milliardenausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr. Rechte Parteien wollen die Sorgen der Menschen gegen Schwächere wenden, sie schüren Rassismus und Nationalismus. DIE LINKE steht dagegen - mit einem Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Sozial gerecht für alle – das ist DIE LINKE!

#### ■ Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern.

Wir wollen Vermögen ab der zweiten Million und hohe Erbschaften besteuern. Bei der Lohn- und Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten: der Freibetrag wird auf 12 600 Euro im Jahr erhöht. Alle, die als Alleinstehende mehr als 7 100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet, das ist die große Mehrheit der Beschäftigten. Der Spitzensteuersatz wird wieder auf 53 Prozent angehoben – für den Teil des Einkommens,



der oberhalb von 70 000 Euro liegt. Und für jeden Euro ab der ersten Million jährliches Einkommen sind 75 Prozent Steuern mehr als gerecht.

#### ■ Gute Arbeit und soziale Garantien für alle.

Wir kämpfen für 12 Euro Mindestlohn und eine armutsfeste Mindestsicherung von 1 050 Euro ohne Sanktionen. Das soll dafür sorgen, dass der wichtigste Artikel des Grundgesetzes mit Leben gefüllt wird: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die sachgrundlosen Befristungen und die Leiharbeit müssen beendet und dem Missbrauch von Werkverträgen ein Riegel vorgeschoben werden. Wir setzen auf kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Arbeit.



Wir wollen soziale Sicherheit für alle Menschen in unserem Land.

#### ■ Gute Renten und Gerechtigkeit in Ost und West.

Statt Armutsrenten braucht es eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1 050 Euro. Das Rentenniveau wollen wir erhöhen und die Ostrenten sofort angleichen. Zeiten im Niedriglohn wollen wir aufwerten. Mit unserem Rentenkonzept hat eine Durchschnittsverdienerin mit einem Bruttolohn von 1 940 später monatlich rund 270 Euro mehr Rente.

#### ■ Mieten senken – Wohnen



für alle Menschen bezahlbar machen.

In Gebieten, in denen Mieten stark gestiegen sind, müssen sie auf eine Obergrenze von 8,50 Euro gekappt und Mieterhöhungen ausgeschlossen werden. 250 000 neue Wohnun-

Die Grafiken zu diesem Beitrag sind Plakate der Wahlkampagne der LINKEN in Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl am 14. Mai 2017. Weitere Informationen zur NRW-Wahl stehen im Internet unter [wahl2017.dielinke-nrw.de](http://wahl2017.dielinke-nrw.de).



gen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau sollen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für geringverdienende und Familien sichern. Wir wollen die Spekulation mit Wohnraum unterbinden.

#### ■ Zwei-Klassensystem bei



#### Gesundheit und Pflege überwinden.

Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung schaffen, in die alle mit allen Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen wieder paritätisch ein. Der Beitragssatz sinkt auf unter zwölf Prozent. Wir streichen die Zuzahlungen für Medikamente, Zahnersatz und Brillen. Die Pflegeversicherung muss alle Pflegeleistungen und -kosten übernehmen und zur Vollversicherung werden. Wir sorgen für bessere Löhne in

der Pflege und für 160 000 neue Stellen in den Krankenhäusern.

#### ■ Kinderarmut bekämpfen, kostenfreie Bildung für alle.

Wir wollen das Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen. Wir wollen eine Kindergrundsicherung von 564 Euro für alle Kinder und Jugendlichen, solange die Infrastruktur für Kinder mangelhaft ist. Die Fahrt in Bussen und Bahnen sollte für alle Kinder frei sein, und es



muss ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen geben.

#### ■ Wir stehen als Partei des Friedens gegen Aufrüstung und Krieg.

Wir wollen Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, Waffenexporte unterbinden und Fluchtursachen bekämpfen. Statt Milliarden für die Aufrüstung: mehr Mittel für Entwicklungshilfe und zivile Konfliktlösungen. Zu sozialer Sicherheit gehört auch der Schutz vor Terror und Gewalt. Wir wollen fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA. Wir stehen für eine sozial gerechte Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Wir wollen ein friedliches Europa für die Menschen, statt eine EU der Abschottung und Aufrüstung, der unsocialen Politik und des Rechtspopulismus. Wir verteidigen das Asylrecht und zeigen den Rechten die Rote Karte!

„Die Zukunft, für die wir kämpfen. Sozial. Gerecht. Für alle“, ist der Titel unseres Wahlprogramms, und mit dieser Botschaft gehen wir in die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass



keine Partei an den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit vorbei kommt. Je stärker DIE LINKE wird, desto eher müssen diejenigen, die nur von Gerechtigkeit reden, ihren Worten Taten folgen lassen.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind wichtige Etappen auf dem Weg zur Bundestagswahl. In beiden Ländern braucht es eine starke LINKE im Landtag! Wir werden in den nächsten Wochen die Genossinnen und Genossen in den Wahlkämpfen unterstützen. Wenn ihr Möglichkeiten habt, das auch zu tun, meldet euch bei [niels.schmidt@dielinke-nrw.de](mailto:niels.schmidt@dielinke-nrw.de). Jede Unterstützung, auch jede Spende, ist willkommen und kann uns helfen, über die 5-Prozent-Hürde zu kommen.

Wir legen euch ein Flugblatt bei: **Sozial. Gerecht. Für Alle – konkret.** Wir laden euch ein, damit an die Infotische und Haustüren zu gehen, es rund um den 1. Mai oder im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ zu verteilen. Wir machen nicht nur schöne Worte, wir streiten für konkrete Alternativen, für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Machen wir sie bekannt! (Flugblatt siehe letzte Seite, Redaktion Widerspruch)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf, lasst ihn uns kraftvoll und entschlossen – und mit Spaß an der Auseinandersetzung führen.

Mit solidarischen Grüßen  
Eure  
Katja Kipping und  
Bernd Riexinger

Der Mitgliederbrief wurde per E-Mail am 13. April 2017 von der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN verschickt.



**Ralf Christoffers**, Mitglied des Landtages, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Infrastruktur, Regionalplanung und Raumordnung, Mitglied in den Ausschüssen für Haushalt und Finanzen sowie für Infrastruktur und Landesplanung

# Land Brandenburg – Koalition und Regierung ziehen Halbzeitbilanz

## DIE LINKE fragt sich, stimmt der Kurs noch?

Wozu die Halbzeitbilanz von Regierung, Koalition und auch der LINKEN im April im Landtag? Um sich in gutem Licht darzustellen, sich feiern zu lassen, um Schwachstellen zu überdecken – so die Meinung der Opposition. Ja, natürlich freuen wir uns auch über das, was wir erreicht haben. Und, ja, wir möchten auch, dass dies möglichst breit im Land bekannt wird.

Aber das war nicht der Zweck der Sache. Man zieht eine Halbzeitbilanz, um zu sehen, ob der Kurs noch stimmt. Ob die Entscheidungen so wirken, wie es gedacht war. Was noch offen ist. Was an neuen Herausforderungen aufgetaucht ist.

Wir durchleben massive gesellschaftlichen Umbrüche in allen Bereichen – seien es Technologie und Arbeitswelt, Politik und Kultur, sei es im Bund und in Europa, in der Nachbarschaft Europas und in der Welt. Landespolitik erscheint angesichts dessen manchem als (zu) klein – in Wahrheit hat sie jedoch

durchaus Spielräume und ganz eigene Zugänge.

Ein Beispiel: Die **Zusammenarbeit mit Polen**. In Brandenburg ist dies nicht nur Verfassungsauftrag, sondern in vielem schon gelebter Alltag guter Nachbarn. Zugleich zeigen Ereignisse wie der kürzliche Waldbrand an der polnischen Grenze nahe Forst, wie schnell es notwendig werden kann, über die Grenzen hinweg noch näher zusammen zu rücken. Und beim Blick über die Region hinaus zeigt sich, wie wichtig angesichts der vielfachen Krisen und Spannungen in der EU stabile Gesprächsfäden und gemeinsame Handlungsoptionen gerade hier beiderseits der Oder für das Ganze sind. Und so werden wir unsere Europa-Politik intensivieren, die aktive gute Nachbarschaft mit Polen als einen politischen Schwerpunkt ausbauen.

So wird es auch mit Blick auf die weitere **soziale Entwicklung** im Land sein. Für die Stärkung der Kitas und der Schulen haben wir bereits vieles auf den Weg gebracht, wichtige Weichen gestellt. Aber das Feld ist ja viel weiter. Ein Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger engagiert sich im Ehrenamt – das ist die Basis der Zivilgesellschaft in unserem Land! Wir werden dafür sorgen, dass die Ehrenamtler mehr Anerkennung erfahren, dass sie leichter von A nach B kommen. Und wir werden uns mit der Frage befassen, ob und wie **öffentlich geförderte Beschäftigung** und Ehrenamt eine gute Verbindung eingehen können.

Wie stark und lebendig unsere Gesellschaft ist, trägt mit dazu bei, wie wir mit den Umbrüchen in der Welt fertig werden. Sie finden ja auch in Brandenburg statt und fordern uns alle heraus:

Die **Energiewende** bringt eben nicht nur Auszeichnungen bei den Erneuerbaren Energien, sondern einen Ausstieg aus der **Braunkohle**, der nun schneller kommt, als manche gedacht haben, und der für die Lausitz mit einem geordneten, sozial verträglichen Übergang in die neue Zeit verbunden werden muss.

Der Breitband-Ausbau bleibt eine ständige Herausforderung, zumal

oft das, was gestern Breitband war, heute schon nicht mehr mithalten kann.

Wie Wissenschaft und Gesellschaft miteinander auskommen, wie die Wissenschaftsstandorte attraktiv bleiben und attraktiver werden, wie Innovationen umgesetzt werden, das sind mittlerweile Fragen, die unseren Alltag prägen und uns auch nicht mehr verlassen werden.

Vor uns liegt die Entscheidung über den Nahverkehrsplan. Was da festgelegt wird, reicht weit über die aktuelle Legislaturperiode des Landtags hinaus: zehn bis 15 Jahre. Da ist ernste Arbeit gefordert, denn es geht nicht nur um Trassen, sondern ganz konkret um die Frage nach der praktischen Teilhabe von Menschen über einen langen Zeitraum.

Ähnlich ist es mit der **Landesplanung und den Kommunal финанzen**. Auch hier stehen konzeptionelle Entscheidungen bevor, die weit nach vorn weisen, die wichtige Instrumente zur Wahrung und Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen bereitstellen – und die in Sachen Landesplanung auf breiter, demokratischer Debatte beruhen. Mehr als 600 Wortmeldungen liegen vor – viele davon zu den aktuellen und künftigen Verkehrs- und Entwicklungsachsen durch das Land und über die Landesgrenzen hinweg. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass es künftig in Brandenburg anerkanntermaßen wieder Orte mit grundzentralen Funktionen gibt.

Für das alltägliche Leben in Brandenburg dürften all diese Dinge letztlich mehr von Belang sein als die Verwaltungsstrukturreform. Dennoch: 130 000 Unterschriften liegen vor, dazu die Stellungnahmen der Kreistage – das kann gar nicht ohne Wirkung auf die konkrete Ausgestaltung der Reform bleiben. Auch dies ein wichtiger Schwerpunkt für die zweite Hälfte unserer Arbeit.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen wie immer  
**Ihr Ralf Christoffers**  
Fraktionsvorsitzender

Die Broschüre zur Halbzeitbilanz kann im Internet angesehen und heruntergeladen werden:  
[www.brandenburg.de/de/halbzeitbilanz/bb1.c.491740.de](http://www.brandenburg.de/de/halbzeitbilanz/bb1.c.491740.de)



# Ostrenten: Ost-Länder verpassen Bundesregierung schallende Ohrfeige

Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, zur Bundesratssitzung am 31. März 2017

Die vollständige Angleichung der Rentenwerte Ost an das Westniveau darf nicht erst 2024 erfolgen, sie darf nicht aus Beitragsgeldern finanziert werden, und sie darf die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner im Osten nicht benachteiligen.

Das CDU-geführte Bundesland Sachsen-Anhalt und das SPD-geführte Mecklenburg-Vorpommern müssen die große Koalition im Bund an ihr Versprechen aus dem eigenen Koalitionsvertrag erinnern, die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau bis zum Jahr 2020 und nicht erst bis 2024 abzuschließen. Das ist absurd.

Ich habe die Bundesregierung schon vergangene Woche darauf hingewiesen, dass ihr Gesetzentwurf schlampig und hasenfüßig ist. Der Rentenwert Ost wird schon am 1. Juli 2017 95,7 Prozent des Westwertes („allgemeiner Rentenwert“) erreichen. Die Bundesregierung schlägt für 2018 als erste Stufe der Angleichung vor, den Rentenwert Ost auf 95,8 Prozent des Westwertes anzuheben. Sie lässt sich von der realen Entwicklung überholen, und das ist peinlich.

DIE LINKE im Bundestag fordert schon seit Langem: Die Angleichung muss vollständig aus Steuern finanziert und in zwei Schritten bis

2019 abgeschlossen werden. Und: Die Umrechnung der Löhne muss so lange bestehen bleiben, bis die Löhne im Osten annähernd das Westniveau erreicht haben. Darauf hatte die linke Sozialministerin Thüringens, Heike Werner, als einzige in der Debatte hingewiesen.

Damit in Zukunft niedrige Löhne in Eisenhüttenstadt und niedrige Löhne in Gelsenkirchen nicht mehr zu niedrigen Renten führen, fordern wir die Entfristung der „Rente nach Mindestentgeltpunkten“. Dann würden davon Menschen profitieren, die lange Jahre zu niedrigen Löhnen arbeiten mussten – in Ost und West.

## ■ Neue Publikationen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag



**Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt**  
Broschüre, 130 x 210 mm, 32 Seiten, April 2017  
Mit dieser Broschüre informieren wir darüber, wie man sich im Hartz-IV-Recht zurechtfindet, welche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner es auf lokaler Ebene gibt und wie eine gute Öffentlichkeitsarbeit gegen das Hartz-IV-System möglich ist.



**Soziale Offensive für ein gerechtes Land**  
Broschüre, 130 x 210 mm, 24 Seiten, Februar 2017  
Die Schaffung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit ist die große Herausforderung dieser Tage. DIE LINKE steht für eine soziale Wende in Deutschland und legt sich für deren Durchsetzung mit den Mächtigen und Reichen an. Unterstützen Sie uns dabei. Nur so schaffen wir das. (Aus dem Vorwort von Sevim Dagdelen, Beauftragte für Migration und Integration der Fraktion)



**Enthinderung mit LINKS – Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in leicht verständlicher Sprache**  
Broschüre, 210 x 297 mm, 12 Seiten März 2017  
Eine gute Politik für Menschen mit Behinderungen ist uns sehr wichtig. Dafür setzen wir uns im Bundestag ein. Wir möchten Barrieren und Hindernisse abbauen. Deshalb nennen wir unsere Politik: Enthinderung mit LINKS.

Gerne senden wir Ihnen gedruckte Publikationen kostenfrei zu. Fordern Sie unser Infopaket mit aktuellen Flugblättern, Broschüren und Zeitungen an, oder abonnieren Sie Clara, das Magazin der Fraktion DIE LINKE. (vier Ausgaben/Jahr):

[www.linksfraktion.de/service/publikationen-bestellen/](http://www.linksfraktion.de/service/publikationen-bestellen/)

Die mit einem Stern gekennzeichneten Felder sind mindestens auszufüllen. Ihre Daten werden zur Versendung der gewünschten Publikationen gemäß unseren Datenschutzbestimmungen verarbeitet. Oder schicken sie Ihre Bestellung an: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (0 30) 22 75 11 70 Fax (0 30) 22 75 61 28 E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)



# Buchenwald, 9. April 2017 – Gedenken an die Selbstbefreiung der Häftlinge vor 72 Jahren

von  
Dr. Artur Pech,  
Schöneiche

Fotos: Artur Pech

Die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. hatte zum 72. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald ihr Treffen im Kinosaal der Gedenkstätte den Häftlingskindern gewidmet.

Das „Kind von Buchenwald“, dessen Rettung Bruno Apitz mit seinem Roman „Nackt unter Wöl-

fen“ gedachte, ist vielen bekannt. Weniger bekannt ist, dass im Konzentrationslager Buchenwald 1 600 Jugendliche und Kinder starben – an Entkräftung oder Krankheiten, erschlagen wurden oder erschossen.

Am 11. April 1945 waren unter den 21 000 im Lager verbliebenen Häftlingen auch 904 Kinder und Jugendliche.



Sabine Stein

Das viele von ihnen nur durch unter Gefahr für das eigene Leben handelnde kom-

munistische Häftlinge gerettet wurden, schilderte Sabine Stein, die Leiterin des Archivs der Gedenkstätte Buchenwald in einem beeindruckenden Vortrag.

Zur Kundgebung auf dem Appellplatz sprachen einige der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers. Symbolisch gaben Sie das Vermächtnis zur Verwirklichung des Schwurs von Buchenwald an die nächsten Generationen weiter.

Denn dieser Schwur ist noch nicht eingelöst. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hatte erst am Tage vor dem Gedenken in Buchenwald in Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland Anlass zu der Erklärung:

„Besonders empörend ist die Behauptung, der Schwur von Buchenwald sei eine verfassungsfreundliche kommunistische Hervorbringung ...“

Wir bleiben der feierlich abgelegten Verpflichtung unserer Gründer, den Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten, verbunden. Wir verwahren uns gegen eine Verunglimpfung und bewusste Falschinterpretation des Schwurs von Buchenwald, wie dies der hessische Verfassungsschutz – und auch andere VS-Ämter – getan hat.“

Das ist Teil der Auseinandersetzung mit einem Verfassungsschutz, der einem „Nationalsozialistischen Untergrund“ noch immer scheinbar hilflos gegenüber steht. Und dessen gegenwärtiger Präsident sich vom faschistischen Erbe glaubt reinwaschen zu können, weil damit beauftragte Historiker herausgefunden haben, dass der Anteil der ehemaligen Mitglieder der Nazipartei unter den Führungskräften dieser Behörde Ende der fünfziger Jahre „nur“ bei 15 Prozent gelegen habe. Da liegt dann auch die Verfälschung des Schwurs von Buchenwald nahe: „Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampferst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“  
**Dabei muss es bleiben!**

## Erklärung

### VIII. Treffen der Nachkommen – gewidmet den „Kindern von Buchenwald“

Zu den grausamsten Verbrechen des deutschen Faschismus gehört die systematische Ermordung von Jugendlichen und Kindern in den okkupierten Ländern sowie in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern. Planmäßiger Mord, Terror, Hunger, Krankheiten zerstörten junges Leben.

Im KZ Buchenwald starben 1 600 Jugendliche und Kinder. Es bleibt Verdienst des organisierten politischen Widerstands, den Schutz der gefährdeten Häftlingsgruppe organisiert zu haben. Das Bekenntnis zum Leben, persönlicher Mut und Opferbereitschaft, Disziplin, Klugheit und politischer Wille waren Voraussetzungen, 904 Jugendlichen und Kindern das Leben zu retten und sie in die Freiheit führen zu können.

Diesem Thema war das VIII. Treffen der Nachkommen gewidmet, zu dem die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora ehemalige Häftlinge des KZ, Angehörige und Nachkommen von Häftlingen, Antifaschistinnen und Antifaschisten und Gäste nach Buchenwald eingeladen hatte.

Im zweiundsiebzigsten Jahr nach der Befreiung vom Faschismus sind große Anstrengungen nötig, eine Welt des Friedens und der Freiheit zu schaffen, in der Kinder eine glückliche Zukunft haben können, nicht an Hunger und Durst sterben, als Kindersklaven schufteten, als Kindersoldaten schießen, wegen wütender Krieg aus ihrer Heimat fliehen müssen oder nationalistischen Interessen geopfert werden.

Hochtechnisierte Bomber jagen wehrlose Kinder durch die Trümmer im irakischen Mossul, hungernde Kinder in Äthiopien sind zu schwach, Fliegen von ihren Augen zu verjagen, während in Deutschland die Milliarden für Rüstung erhöht werden, um militärischem Größenwahn und Gier nach Rüstungsprofit zu befriedigen.

Von unserem Treffen hier in Buchenwald fordern wir, die wahnsinnige Rüstungsspirale anzuhalten, Waffenexporte zu stoppen, die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden zu verbieten und die Verhandlungen über ein völkerrechtliches Verbot der Kernwaffen nicht zu boykottieren, sondern konstruktiv daran mitzuwirken.

Gebt den Kindern der Welt die Chance einer friedlichen Zukunft!

Buchenwald, 9. April 2017

Im vollbesetzten Kinosaal nahmen mit großer Zustimmung die 200 Teilnehmer des „VIII. Treffens der Nachkommen“ aus Thüringen, Hessen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg, Bayern und Baden-Württemberg die Erklärung des Treffens als gemeinsame Bekundung an.





Nachbildung von Pablo Picassos Gemälde „Guernica“ auf Fliesen als Wandbild in Originalgröße in der Stadt Gernika

Foto: Fernando Vázquez, commons.wikimedia.org



Seit dem Ende der Franco-Diktatur verlangt die Stadt Gernika als spanische Wiedergutmachungsgeste, dass Pablo Picassos „Guernica“ seinen Platz hier finden soll.

## 80 Jahre nach Gernika

1997 schrieb Bundespräsident Roman Herzog den Überlebenden der Bombardierung von Gernika einen Brief, in dem er ihnen die Hand zur Versöhnung reichte. Die Adressaten und ihre Nachkommen erinnern sich respektvoll dieser Geste, da von spanischer Seite nichts dergleichen geschehen ist. So bleibt die 1977 in Gernika erhobene Forderung, Madrid möge Pablo Picassos Monumentalgemälde „Guernica“ aushändigen, auch am 80. Jahrestag der Zerstörung durch die deutsche Legion Condor aktuell. Im Rückblick kann sich der deutsche Staat glücklich schätzen, dass sein Staatsoberhaupt seinerzeit zur Feder griff und so die für die (bundes)deutsche Politik beschämende Debatte um eine Versöhnungsgeste für das Verbrechen vom 26. April 1937 beendete.

Heute denken Menschen in Gernika und dem Baskenland darüber nach, wie das zukünftige Gedenken aussehen könnte. In den Jahrzehnten nach dem Tod des faschistischen Diktators Francisco Franco ging es zunächst darum, die franquistische Lüge zu widerlegen, wonach „rot-separatistische“ Basken das Symbol ihrer Freiheit selbst angezündet hätten. Gleich-

zeitig konnten Überlebende sich nach Dekaden des aufgezwungenen Schweigens Gehör verschaffen. Seitdem steht Gernika für viele Verbrechen, die der faschistische Putsch vom 17./18. Juli 1936 und die deutsch-italienische Intervention erst ermöglichten. Viele Städte und Orte inner- und außerhalb des Baskenlandes erlitten ein vergleichbares Schicksal, das aber nicht so bekannt wurde.

Ebenso symbolisiert Gernika die Vernichtung der baskischen Selbstregierung. Hieraus erklärt sich der Fortbestand des politischen Konflikts des Baskenlandes mit Madrid, der zusammen mit dem Streben nach Unabhängigkeit sein Pendant in Katalonien gefunden hat.

Die Verweigerungshaltung, die der postfranquistische Premier Mariano Rajoy (PP) gegenüber den beiden Regionen an den Tag legt, erklärt sich auch daher, dass Staat und Gesellschaft die Franco-Diktatur nur beschränkt aufgearbeitet haben. Ehrungen des Regimes gehören ebenso zur Tagesordnung wie die Tatsache, dass die Urteile der Unrechtsjustiz fortbestehen. Hinzu kommt, dass es kein „Dokumentationszentrum des Franquismus“ gibt, das mit der Berliner „Topographie

des Terrors“ oder dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln vergleichbar wäre. In beiden Fällen waren es engagierte Bürger/-innen, die verhinderten, dass jene Orte nazistischer Repression und Vernichtungspolitik in Vergessenheit gerieten. Dass sich die Bundesrepublik nicht mit Ruhm bekleckerte, als es hieß, die NS-Vergangenheit aufzuarbeiten, zeigt auch die offizielle Missachtung der Spanienkämpfer/-innen und Angehörigen der Internationalen Brigaden. Diese entspricht dem „ehrenden Gedenken“ und den Renten, die die Bonner Republik Mitgliedern der Legion Condor und Francos Blauer Division zuteil werden ließ.

Da dem Franquismus sein Stalingrad und Nürnberg erspart blieben, wirken die Folgen der deutschen Intervention von 1936/1939 bis heute nach und bestimmen die Beziehungen beider Staaten. Diese Erkenntnis verpflichtet zur Hilfe bei der „zweiten Demokratisierung“ des spanischen Staates, wie sie progressive Kräfte anstreben. Bilaterales Gedenken in Kooperation mit wissenschaftlicher Forschung und politischer Arbeit können diese Entwicklung begleiten.

Ingo Niebel

Quelle:  
iNo pasarán!, Ausgabe 1/2017, Zeitschrift des Vereins Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939 e.V., www.spanienkaempfer.de

## Veranstaltungstermine der LINKEN

- 1. Mai, Schöneiche bei Berlin, Woltersdorf, Fürstenwalde, Beeskow und Eisenhüttenstadt  
Feste der LINKEN Oder-Spree anlässlich des Tages der Arbeit,  
Programm-Infos unter [www.linke-oder-spree.de](http://www.linke-oder-spree.de) und in der regionalen Presse
- 3. Mai, 19 Uhr, Erkner, Kino Movieland, Friedrichstraße 58,  
kostenlose Filmveranstaltung „Der junge Marx“ des Landtagsabgeordneten Dr. Volkmar Schöneburg
- 8. Mai – Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, im Kreisgebiet organisiert bzw. beteiligt sich an Kranzniederlegungen auf den sowjetischen Friedhöfen und an den sowjetischen Ehrenmalen, Zeitpunkte und Orte unter [www.linke-oder-spree.de](http://www.linke-oder-spree.de) und in der regionalen Presse

- 9. bis 11. Juni 2017, Hannover Congress Centrum, Theodor-Heuss-Platz 1–3, 30175 Hannover,
- 2. **Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE**  
Vorschlag für die Tagesordnung:
  1. Eröffnung der 2. Tagung des 5. Parteitages
  2. Frauenplenum
  3. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE
  4. Reden der Spitzenkandidatin und des Spitzenkandidaten
  5. Berichte an den 5. Parteitag der Partei DIE LINKE (Bericht des Parteivorstandes, des Bundesausschusses, der Bundesschiedskommission, der Bundesfinanzrevisionskommission, der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, der Fraktionsvorsitzenden der GUE/NGL, des Frauenplenums, aus der Partei der Europäischen Linken, des Ältestenrates., der Inklusionsbeauftragten, Gleichstellungsbericht)
  6. Debatte und Beschlussfassung über das Wahlprogramm zu Bundestagswahl
  7. Wahl der Bundesschiedskommission
  8. Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
  9. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge
  10. Schlusswort

## Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im  
Mai 2017



|                              |                  |       |
|------------------------------|------------------|-------|
| 3.5. Christa Weber           | Storkow          | 65 J. |
| 6.5. Ilse Hübner             | Eisenhüttenstadt | 89 J. |
| 6.5. Erich Roof              | Eisenhüttenstadt | 94 J. |
| 6.5. Karl-Heinz Schulmeister | Bad Saarow       | 92 J. |
| 8.5. Liesel Klagge           | Eisenhüttenstadt | 85 J. |
| 10.5. Bernhard Hoffmann      | Siehdichum       | 95 J. |
| 12.5. Horst Erdmann          | Fürstenwalde     | 87 J. |
| 13.5. Lotte Gerlach          | Fürstenwalde     | 90 J. |
| 15.5. Jürgen Lehmann         | Fürstenwalde     | 60 J. |
| 16.5. Joachim Karge          | Siehdichum       | 81 J. |
| 16.5. Eleonore Weidner       | Rüdersdorf       | 87 J. |
| 22.5. Marianne Neubert       | Erkner           | 82 J. |
| 26.5. Jens Eberlein          | Schöneiche       | 55 J. |

## DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle  
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde  
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)  
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr  
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung  
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow  
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow  
Telefon: (0 33 66) 2 02 02  
E-Mail: [kontakt@linke-beeskow.de](mailto:kontakt@linke-beeskow.de)  
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt  
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt  
Telefon: (0 33 64) 4 42 51  
E-Mail: [dielinke-ehst@t-online.de](mailto:dielinke-ehst@t-online.de)  
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

[www.dielinke-oder-spree.de](http://www.dielinke-oder-spree.de)

## Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 10. 5., 30. 5., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen  
Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde  
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

### Sitzungen im Mai/Juni 2017

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 2. 5., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 4. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 9. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 11. 5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 16. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 17. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 18. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 29. 5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 31. 5., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte bitte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages [www.landkreis-oder-spree.de](http://www.landkreis-oder-spree.de) entnehmen.

### Kreistag Oder-Spree

21. 6., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,  
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)  
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: [p-w-hochmuth@t-online.de](mailto:p-w-hochmuth@t-online.de); Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)  
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500  
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de)  
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln  
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

# Sind Sie dabei – bei ndLive am 20. Mai?

Besuchen Sie uns doch mit dem Rad



Am 19. und 20. Mai 2017 feiert „neues deutschland“ wieder das traditionelle Pressefest „ndLive“.

Auf den Freitagabend können bereits alle Musik-Freunde gespannt sein. Es wird zu einem Potpourri unterschiedlicher Musikgenres geladen. Eine Trommelgruppe ist dabei. Liedermacher und mehrere Chöre, darunter der Ernst-Busch-Chor – werden auftreten. Ein musikalisches Experiment, auf das man neugierig sein kann.

Am Sonnabend ab 11 Uhr startet das Hauptprogramm bei hoffentlich schönem Wetter und angenehmen Temperaturen – mit Musik von „Manifest“ aus Potsdam, mit den Kabarettisten von „Charly M.“ und Ausstellungen, mit Kulinaria vom Grill im Innenhof, mit Führungen durch die Redaktion, mit Lesungen, mit einem Kinderfest

und Info- und Marktständen vor dem Haus ...

Im Münzenberg-Saal werden wieder hochrangig besetzte Diskussionsrunden stattfinden, u.a. zur Koalition in Berlin mit den Fraktionsvorsitzenden der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. André Holm dürfen wir zu einer Diskussionsrunde zur Wohnungspolitik in Berlin begrüßen. So viel sei bereits verraten.

Und am Abend lockt wieder ein Konzert in den Innenhof des FMP1 und – das ist auch schon fast Tradition – die Best of Leserbrief-Show ins Foyer des Hauses.

Weitere Informationen werden demnächst auf [www.ndlive.de](http://www.ndlive.de) folgen. Also immer schön neugierig bleiben. Und kommt stilecht mit dem Rad, denn das Motto des Festes lautet in diesem Jahr: „Die Revolution fährt Fahrrad“.

### Pressefest „ndLive“

Freitag/Sonnabend, 19./20. Mai FMP1, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Nähe Ostbahnhof <http://www.ndlive.de/>



**Volkmar Schöneburg lädt ein:**

Film ab für

## Der junge Karl Marx

Mittwoch,  
**3. Mai 2017,**  
**19 Uhr,**  
**Kino Movieland Erkner,**  
Friedrichstraße 58

Im Anschluss Diskussion mit dem Landtagsabgeordneten Volkmar Schöneburg.

– Eintritt frei –



**Besser verkehren**  
Verkehrspolitisches Zirkular  
Ausgabe 10, Frühjahr 2017

**Reclaim the streets**  
Flächen umverteilen – Radverkehr fördern!

**Die Themen dieses Heftes**

|   |  |
|---|--|
| <p>Verkehrswende / Fahrradförderung auf Bundesebene / Bahnprivatisierung / Stuttgart 21 / Nachtzüge / Preissystem / Bundesverkehrswegeplan 2030 – Straße – Schiene – Wasserwege /</p> | <p>Reformkommission Großprojekte / Autobahn-Gesellschaft / Ortsumfahrungen / Pkw-Maut / Selbstfahrende Autos / Abgas-Skandal / Seeschifffahrt / Flugverkehr / Konferenz Genug für alle</p> |
|---|--|

Bestellung unter: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030) 22 75 11 70, Fax (030) 22 75 61 28, E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)

## Zucker-Kasten

# Sozial. Gerecht. Für alle – konkret



Viel ist die Rede von sozialer Gerechtigkeit. Aber selten wird klar gesagt, was gemeint ist, was notwendig ist, wer etwas davon hat und wer dafür stärker belastet werden muss. DIE LINKE will eine Gerechtigkeitswende. Die gibt es nicht zum Nulltarif, nicht für warme Worte und nicht ohne Konflikt mit Konzernen, Superreichen und ihren politischen Verbündeten. DIE LINKE hat ein Programm für soziale Gerechtigkeit, das machbar und durchgerechnet ist. Der Alltag der meisten Menschen würde damit leichter: weniger Druck in der Arbeit und weniger Angst, nicht über den Monat zu kommen. Wir wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

## ■ Gute Arbeit und soziale Garantien des Lebens.

Wir erhöhen den Mindestlohn auf 12 Euro. Befristungen ohne sachlichen Grund, Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen werden wir abschaffen. Statt unfreiwilliger Teilzeit für die einen und Überstunden für die anderen wollen wir eine kürzere Vollzeit für alle. Je nach Lebensplanung um die 30 Stunden. **Hartz IV ersetzen wir durch eine Mindestsicherung von 1050 Euro ohne Sanktionen.** Das Arbeitslosengeld I muss länger und schneller bezogen werden können.

## ■ Gute Rente muss armutsfest sein und den Lebensstandard sichern.

Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent hoch. Für einen Durchschnittsrentner“ bedeutet das 130 Euro im Monat mehr. Die Ostrenten gleichen wir sofort an die Westrenten an. Zeiten im Niedriglohn wollen wir hochwerten: Für eine Verkäuferin wären das 270 Euro im Monat mehr. Wer unter 1050 Euro Rente hat, wird mit einer Solidarischen Mindestrente aufgestockt.

## ■ Wir belasten hohe Einkommen stärker, um die unteren und mittleren zu entlasten.

Alle, die (alleinstehend, Steuerklasse 1) weniger als 7100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet: Wer 1700 Euro hat, behält 130 Euro mehr, wer 3400 Euro verdient, behält 215 Euro mehr. Dafür belasten wir hohe Einkommen und Managergehälter mit höheren Sätzen. Den Billigtarif für die Versteuerung von Kapitalerträgen (Abgeltungsteuer) schaffen wir ab.

## ■ Für alle ist genug da, wenn alle genug beisteuern.

Wir wollen eine Vermögensteuer von 5 Prozent ab der zweiten Million Euro Vermögen einführen. **Wir investieren in gute Schulen, Kitas und Krankenhäuser.** Wir verbessern den Öffentlichen Nahverkehr und unterstützen die Kommunen. Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.

## ■ Mieterhöhungen stoppen.

Die Miete in Milieuschutzgebieten begrenzen wir auf 8,50 Euro. Darunter liegende Mieten werden eingefroren. Wir schaffen jährlich 250 000 neue Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Keine Spekulation mit Wohnraum! Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.

## ■ Kinderarmut bekämpfen.

Wir erhöhen das Kindergeld sofort auf 328 Euro. Bildung machen wir von der Kita bis zur Uni gebührenfrei. In Schule und Kita wird kostenfreies gesundes Mittagessen angeboten. Kinder sollen in Bus und Bahn freie Fahrt haben. Bis dahin schützt eine Kindergrundsicherung von 564 Euro alle Kinder und Jugendlichen sicher vor Armut.

## ■ Schluss mit der 2-Klassen-Medizin.

Wir schaffen eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle mit allen Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte tragen die Beiträge zu gleichen Teilen. Die Beiträge werden billiger, die Zuzahlungen für Medikamente, Brillen und Zahnersatz entfallen. Pflege darf nicht arm machen: Wir schaffen eine solidarische Pflegeversicherung, in die nicht zugezahlt werden muss. Alle können gut und nah am Wohnort gepflegt werden.

## ■ Frieden gibt es nur mit Abrüstung.

Wir wollen Waffenexporte verbieten und Fluchtursachen bekämpfen. Die Bundeswehr darf nicht in Auslandseinsätze geschickt werden. Die Bundesregierung plant die Ausgaben fürs Militär um 25 Milliarden aufzustocken – wir wollen 10 Milliarden einsparen.

## ■ Klima oder Kapitalismus retten?

Globale Gerechtigkeit! Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union: friedlich, sozial, demokratisch. Die unsoziale Kürzungspolitik in Europa und die Freihandelsverträge wie TTIP, TISA und CETA werden wir beenden. Wir wollen fairen Handel und eine gerechte Entwicklungspolitik statt Freihandel. Wir streiten für eine soziale und nachhaltige Energiewende, die Umwelt und Ressourcen schont.

Parteivorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. (030) 24 00 99 99, Fax (030) 24 00 95 41  
E-Mail: parteivorstand@die-linke.de  
V.i.S.d.P. Matthias Höhn

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)